

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

104. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. November 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

in Vertretung von Renate Gröpel

Helmut Jacobs (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung von Monika Heinold

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Tagesordnung:	Seite
1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002 Drucksache 14/1628	4
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999 Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1590	
• Nachschiebelisten der Landesregierung Umdrucke 14/2587 und 14/2682	
2. Erledigung von Berichtswünschen Umdrucke 14/2653 und 14/2678	7
3. a) Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 11. und 12. November 1998 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2681	8
b) Interne Berechnungen des Länderfinanzausgleichs für 1998 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2698	
4. Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Umdruck 14/2696	9
5. Bemerkungen 1998 des Landesrechnungshofs Umdruck 14/2697	9
6. Schülerbeförderungskosten Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1256	10
7. Information/Kenntnisnahme	11
8. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

hierzu: Umdruck 14/2231

• **Nachschiebelisten der Landesregierung**

Umdrucke 14/2587 und 14/2682

St Dr. Lohmann gibt einen kurzen Überblick über die zweite Nachschiebeliste der Landesregierung und beantwortet im folgenden Fragen der Abgeordneten Stritzl und Kubicki.

1. Einnahmen aus der **Ökosteuer** seien im Haushaltsentwurf mit 5 Millionen DM veranschlagt worden. Die Verschiebung der Einführung um ein Vierteljahr mache eine Reduzierung um ein Viertel auf 3,75 Millionen DM erforderlich. Zur Deckung sei eine Reduzierung des für die Restfinanzierung des zur Verfügung stehenden Betrages vorgesehen.
2. Bezüglich der Erhöhung des **Kindergeldes** strebe Schleswig-Holstein zusammen mit den übrigen Bundesländern eine Kostenneutralität an. Das Kindergeld schlage in Schleswig-Holstein derzeit mit 36 Millionen DM zu Buche und werde sich über 45 Millionen DM im Jahre 1999 auf 54 Millionen DM im Jahr 2000 erhöhen.
3. Der Wegfall der Steuereinnahmen aus den **620-DM-Arbeitsverhältnissen** schlage mit 30 Millionen DM zu Buche; die Landesregierung erwarte zusammen mit mehreren Ländern hierfür eine volle Kompensation.

4. Die **Mehrbelastung des Landeshaushalts durch die Einführung der Ökosteuer** - Strom, Gas, Öl, Benzin - werde auf 3 Millionen DM geschätzt; genauere Angaben seien derzeit nicht möglich. Dieser Betrag werde durch bessere Tarife, die derzeit mit der Stromwirtschaft ausgehandelt werden, aufgefangen werden können.

Abg. Stritzl führt aus, angesichts der Haushaltsrisiken in der Größenordnung eines zweistelligen Millionenbetrages müsse die Landesregierung bereits am Tage nach der Verabschiedung des Haushalts eine Haushaltssperre erlassen, weil bereits im Frühjahr 1999 der erste Nachtrag ins Haus stehe. Er beantrage, die Verabschiedung des Haushalts 1999 in das Frühjahr zu verschieben, um dem Parlament in dieser schwierigen Haushaltslage ein verantwortliches Handeln auf der Basis verlässlicher Daten zu ermöglichen.

St Dr. Lohmann hält dagegen, daß die Steuerreformpläne der Bundesregierung den Vorstellungen der SPD-geführten Bundesländer entsprächen. Da Einigkeit darüber bestehe, daß eine zusätzliche Belastung nicht verantwortet werden könne, habe die Bundesregierung ein ausgeglichenes Steuerpaket vorgelegt. Bedacht werden müsse im Zuge der Termindiskussion aber auch die formale Frage, daß ein den Vorstellungen der Opposition entsprechender Haushalt nicht vor März 1999 verabschiedet werden könne.

St Dr. Lohmann greift eine Bemerkung des Abg. Kubicki zu den beabsichtigten Gebührenerhöhungen der Telekom auf und teilt mit, daß eine exakte Aussage über die Entlastung des Landeshaushalts vor Januar/Februar 1999 nicht möglich sei.

Die Vorsitzende schlägt vor, dem Finanzausschuß bis zur nächsten Sitzung die der Diskussion zugrunde liegenden Daten schriftlich zukommen zu lassen.

Der Antrag des Abg. Stritzl, die zweite Lesung des Haushaltsentwurfs in das Frühjahr 1999 zu verschieben, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Abg. Astrup teilt mit, er habe die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen vorgestern davon unterrichtet, daß sich die SPD-Fraktion beim Landtagspräsidenten für eine Vertagung der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs 1999 auf den 21. Dezember einsetzen werde.

Abg. Kubicki fragt, welches Einsparpotential sich nach Auffassung der Landesregierung durch ein Tätigwerden der GMSH ohne Liegenschaftsübertragung errechne. St Dr. Lohmann antwortet, daß die Landesregierung bisher keine derartige Schätzung vorgenommen habe.

P Dr. Korthals schlägt vor, § 7 Abs. 25 des Haushaltsbegleitgesetzes um folgenden Satz zu ergänzen:

„Die Ermächtigung in § 2 Abs. 1 vermindert sich entsprechend.“

P Dr. Korthals trägt die Begründung dafür detailliert vor, und die Vorsitzende bittet, den Änderungsvorschlag zusammen mit der Begründung schriftlich vorzulegen. - P Dr. Korthals sagt dies zu (siehe Umdruck 14/2758).

Abg. Neugebauer greift eine Bemerkung des Abg. Kubicki zum **Flüchtlingsbeauftragten** auf und stellt heraus, daß der Ansatz **e r h e b l i c h** unter dem von Abg. Kubicki genannten Betrag von 350.000 DM liegen werde.

In einer kurzen Diskussion über die **globalen Minderausgaben** betont Abg. Kubicki, daß die Landesregierung eine Gesamtverantwortung für den Haushalt trage, der sie sich nicht dadurch entziehen könne, daß sie sie auf die Einzelpläne verteile. St Dr. Lohmann betont, ein insgesamt wirtschaftliches Verhalten sei nur zu erreichen, wenn die Ressorts über ein klar umrissenes Budget verfügten und dafür auch voll in der Verantwortung stünden.

Der Ausschuß nimmt die **Vorlagen des Landtagdirektors**, Umdrucke 14/2583, 14/2654 und 14/2655, zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Erledigung von Berichtswünschen

Umdrucke 14/2653 und 14/2678

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau, Umdruck 14/2653, und des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Umdruck 14/2678, zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 11. und 12. November 1998

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2681

b) Interne Berechnungen des Länderfinanzausgleichs für 1998

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2698

Der Ausschuß nimmt die Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie über das Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzungen, Umdruck 14/2681, zur Kenntnis und verständigt sich darauf, die Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie über die internen Berechnungen des Länderfinanzausgleichs für 1998, Umdruck 14/2698, im Zuge der Fortsetzung der Diskussion über § 10 Abs. 2 LHO im Januar zu beraten.

Punkte 4 und 5 der Tagesordnung:

Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs

Umdruck 14/2696

und

Bemerkungen 1998 des Landesrechnungshofs

Umdruck 14/2697

Die Vorlagen des Landesrechnungshofs werden der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zur weiteren Beratung und zur Vorbereitung der Beschlußfassung überwiesen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Schülerbeförderungskosten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1256

(überwiesen am 19. Februar 1998 an den Bildungsausschuß, den Finanzausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

Abg. Jacobs berichtet, der Bildungsausschuß habe sich in seiner letzten Sitzung mit dem Antrag beschäftigt und einstimmig beschlossen, die Bildungsministerin um eine Vorlage über die rechtliche Darstellung des Problems zu bitten. Auswirkungen auf den Haushalt 1999 habe der Antrag nicht.

Abg. Spoorendonk macht deutlich, daß aus ihrer Sicht der Antrag der CDU in jedem Fall abgearbeitet werden müsse und daß sie an einer einvernehmlichen Lösung großes Interesse habe.

Der Ausschuß macht sich den von Abg. Jacobs wiedergegebenen Beschluß des Bildungsausschusses zu eigen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 14/2657 - Abwicklung von Fehlbeträgen gem. § 25 Landeshaushaltsordnung
Umdruck 14/2660 - Veräußerung von Grundstücksflächen in der Haseldorfer Marsch

Die folgenden Vorlagen sollen auf Wunsch des Abg. Neugebauer als gesonderte Punkte auf die Tagesordnung der Finanzausschußsitzung am 3. Dezember gesetzt werden:

Umdruck 14/2673 - Antrag gemäß § 10a LHO für das Statistische Landesamt S-H
Umdruck 14/2674 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das
III. Vierteljahr 1998

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende bittet die Fraktionen, den **Entwurf eines Sitzungskalenders für das erste Halbjahr 1999** auf Terminüberschneidungen zu prüfen und Änderungsvorschläge bis zur nächsten Sitzung am 3. Dezember vorzulegen.
- b) Abg. Kubicki bittet um eine schriftliche Darstellung der Überlegungen im Finanzministerium, wie vom Jahr 2000 an zusätzliche **Belastungen**, die sich aus dem **Steuerreformkonzept** ergeben, aufgefangen werden sollen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer